

# Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 200.

1908. Nr. 182. Zweite Ausgabe

Donnerstag, 16. April 1908.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eingr. Brauhausstr. 10. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Mitglied.

Eine herbe Kritik unserer Sozialpolitik hat neulich im Herrenhause, wie man erst jetzt an der Hand des amtlichen Memorandum-Berichts erkennen kann, Graf Mirbach-Sorquitten bei der Beratung des Eisenbahnnebenbesetzungsgesetzes geübt. Graf Mirbach meinte, daß unsere Staatsbahnenverwaltung eine vielleicht schon zu weitgehenden Sozialpolitik für ihre Arbeiter, besonders für die jüngeren in den Hauptverdiensten, betreibt. Graf Mirbach wies zur Begründung dieser seiner Ansicht auf eine Kundgebung des Vereins deutscher Werksammlungen hin, worin der eine Vorkämpfer über eine übermäßig arbeiterfreundliche Politik der Staatsbahnenverwaltung durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und die daran liegende Prozentanteils Verhöhung erhoben hatte. Dieser Verein führte aus, daß die kirchlich erfolgte Herabsetzung der tagelangen Arbeitszeit auf 9 Stunden einem Wünsche der sozialdemokratischen Gewerkschaften entspräche. Durch ein Eingehen auf solche Wünsche verliere man das Ansehen der Kapitalisten, denen nimmer nichts anderes übrig bliebe, als auf die baldige Einführung eines Achtstundentages innerhalb der Arbeiterkategorie der Staatsbahnenverwaltung zu dringen.

Zu die Zahl der Arbeiter in den Hauptverdiensten unserer Eisenbahnen etwa 75 000 beträgt, so liegt die Vermutung nahe, daß jede auch noch so weit getriebene Sozialpolitik innerhalb der Eisenbahnerkategorie die Wirkung haben muß, auch auf die Arbeiterkraft der Privatbetriebe übertragen zu werden. Benützens können mit einem Recht die Arbeiter einer privaten Fabrik eine ebenso ferne Arbeitszeit fordern als die Arbeiter der benachbarten staatlichen Eisenbahnenverwaltungen. Da der Herr Minister in seiner Antwort auf die Mirbach'sche Rede hervorhob, daß die jüdischen Verwaltungen und die Reichseisenbahnen mit jener Verkürzung der Arbeitszeit vorangehen würden, nicht man deutlich, wie ein Teil den anderen treibt. Unsere privaten Fabrikbetriebe haben aber heute vielfach noch eine zehnjährige Arbeitszeit, was schon daraus hervorgeht, daß die gesetzliche Arbeitszeit für Frauen bis heute noch 11 Stunden beträgt. Gaben die jüdischen Eisenbahnverwaltungen und die Reichseisenbahnenverwaltung den neunzehnjährigen Arbeitstag eingeführt, ist dieser Maßregel der Staat im Sinne des Vorkommens, und der sozialdemokratischen Kapitalisten die Parole für eine Agitation auf weitere Herabsetzung der Arbeitszeit in unseren Fabriken gegeben. Der Herr Minister führte sehr bezeichnend aus, daß die preussische Eisenbahnenverwaltung sich gegenüber den jüdischen Eisenbahnenverwaltungen nicht dem Vorwurf der „Mißhandlung“ habe aussetzen können. Diefem Vorwurfe der „Mißhandlung“ müssen sich nunmehr wohl oder übel auch diejenigen Fabrikbetriebe aussetzen, die an einer zehnjährigen Arbeitszeit noch festhalten.

Wie sehr die Maßregel der Eisenbahnenverwaltungen die Arbeiter erhöht und den Etat belastet, zeigt die Erhöhung des Betriebslohnstafels. Graf Mirbach meinte, daß eine solche Erhöhung, wie sie der letzte Etat aufwies, in einer noch berechtigten Wirtschaftsgrundlagen geführten Verwaltung nicht möglich gewesen wäre, und es sei die höchste Zeit, daß „dieser jetzigen Wirtschaft“ Einhalt getan würde, wenn nicht die heillosen Finanzumstände in Preußen verhindert werden sollten. Graf Mirbach sagte dann wortlos: „Ich befürchte die Sozialpolitik an sich nicht, eine berechtigte Fürsorge für die Arbeiter, keine Schwere. Wir sind vielmehr zu einer zu weitgehenden Sozialpolitik übergegangen. Da befürchte ich, und da Bedenke, glaube ich, in voller Ueberzeugung mit allen, die im praktischen Leben stehen. Mit einer zu weitgehenden Sozialpolitik kann man das beste Unternehmen ruinieren, selbst unser preussisches Eisenbahnenunternehmen.“

Es gebürt wirklich Mut dazu, angesichts der außerordentlich schlechten Lage der Reichs- und Staatsfinanzen eine Maßregel zu verteidigen, die dem Reiche und Staate mehrere Millionen kostet. Wenn auch die Verkürzung der Arbeitszeit in den Staatsverwaltungen, wie Herr Minister vortendend betonte, bereits von seinem Vorgänger beschlossen worden ist, so ändert das eigentlich an der bestehenden Tatsache nichts, daß man in einer Zeit, in der die Staatsfinanzen verloren haben, seitens der Staatsbahnenverwaltungen zu den sozialpolitischen Experimenten greift. Sollte sich herausstellen, daß jene Verkürzung der Arbeitszeit dem Staate und den Steuerzahlern so erhebliche Opfer auferlegt, warum haben denn nicht die Eisenbahnenverwaltungen dem Mut, zu erklären, jene Maßregel ist heute unangenehm und zu kostspielig, und deshalb ändern wir sie wieder ab und führen den zehnjährigen Arbeitstag wieder ein. Natürlich würde das innerhalb der Sozial-

demokratie einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, dieselbe auch, das geben wir gerne zu, diesen oder jenen Eisenbahnarbeiter der Sozialdemokratie in die Arme werfen, aber dorthin wird man heides durch die bereits erfolgte oder eine noch weitergehende Herabsetzung der Arbeitszeit nicht. Der ganze Gang unserer Sozialpolitik hat doch gezeigt, daß man durch die Sozialdemokratie keinen Fall entgegennehmen kann. Unsere Sozialdemokratie hat gerade durch unsere Sozialpolitik Wasser auf ihre Mühlen bekommen, und unsere Sozialpolitik hat ganz entschieden zur Ausbreitung der Sozialdemokratie bis zu ihrem gegenwärtigen Höhepunkte beigetragen. Die Kritik, die Graf Mirbach an der Sozialpolitik unserer Eisenbahnenverwaltungen übt, war unseres Ermessens also eine durchaus gerechtfertigte. Diese Sozialpolitik kostet dem Staate Millionen, fahrt auf unsere privaten Fabrikbetriebe ab, deren Kosten dadurch weiter gesteigert werden bis zur Grenze der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande, und wirkt absolut nicht in der Richtung auf den sozialen Frieden, sondern in der Richtung auf gesteigerte Wünsche und sozialen Unfrieden.

## Das Nord- und Ostsee-Abkommen.

Die Vorbereitungen für die beiden internationalen Urkunden, durch die der territoriale Status quo an den Küsten der Ostsee und der Nordsee bekräftigt werden soll, sind, wie der halbamtliche Süddeutschen Reichsreporter, so auch Berlin geschrieben wird, jetzt soweit gediehen, daß voraussichtlich noch vor Ablauf des April die betreffenden Abkommen unterzeichnet werden können. Das Ostseeabkommen wird in St. Petersburg, das Nordseeabkommen wahrscheinlich in Berlin geschlossen. Das erste wird die Unterzeichner England, Deutschland, Schweden und Dänemark tragen, das zweite die von Deutschland, England, Frankreich, Holland, Dänemark und Schweden, nicht, wie der Daily Telegraph meint, auch die von Norwegen, da die Interessen Norwegens durch seinen Integritätsvertrag mit der Großmacht gedeckt sind.

Die Fassung des Wortlauts beider Abkommen steht schon fest. Die Annahme des sogenannten englischen Votates, die Mächte seien mit der Bestimmung einer Grenze zwischen Ost- und Nordsee beauftragt, ist nicht zutreffend.

## Die Kongovorlage vor der belgischen Deputiertenkammer.

In der Sitzung der belgischen Deputiertenkammer am 15. April ließ sich Ministerpräsident Solvay über die Vorgeschichte des Kongoo-Abkommens ausführen. Der Vertrag des längeren aus und machte darauf aufmerksam, daß Belgien zur Wahrung der in bezug auf den Kongostaat bestehenden Abmachungen verpflichtet wäre, solange die Angliederung des Kongos noch nicht erfolgt sei. Darauf hob der Ministerpräsident die Vertragsfähigkeit des belgischen Kongos gegenüber den interkontinentalen englischen Kolonien hervor. Denn sprach er von den „interkontinentalen Aufgaben Belgiens“ im Kongoo. Der Ministerpräsident schloß: Im Augenblick, wo Belgien sich in seinen engen Grenzen eingeschlossen fühlt, bietet sich ihm in seinen engen Grenzen eingeschlossen fühlt, bietet sich ihm eine wunderbare Kolonie. Die Regierung empfindet Ihnen vertrauensvoll die Uebernahme des Kongos. Darauf gab der Minister des Auswärtigen ein Bild der Lage des Kongostaates in der internationalen Politik und führte aus, daß alle Signatarmächte des Berliner Vertrages den dringenden Wunsch hätten, den Kongostaat an Belgien angliedert zu sehen. Die Neutralität des Kongostaates würde der Belgiens entsprechen und dem Frieden in Afrika dienen. Der Berliner Vertrag behalte seine Gültigkeit, und Belgien werde alle seine dort eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. England und die Vereinigten Staaten hätten die Forderung gestellt, daß die Bestimmungen des Berliner Vertrages bezüglich der Eingeborenenrechte und der Handelsfreiheit eingehalten würden. Die Regierung wies stets darauf achten, daß die Eingeborenenrechte sich in möglichen Grenzen halte. Belgien werde alle begonnenen Reformen in Kongoo durchführen. Davignon schloß: Wir werden das Vertrauen der europäischen Völker wissen, wie wir alle unseren früheren Verpflichtungen zu erfüllen gedankt haben. Hierauf teilte der Präsident der Kammer mit, daß die Diskussion über die Kongovorlage bis zum 9. Mai fortgesetzt und dann eventuell vertagt werden soll.

## Deutsches Reich.

Das Kaiserpaar auf Ostsee. Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen Mittwoch vormittag einen längeren Spaziergang bis in die Gegend bei Cautze. Die Kaiserin empfing alsdann den Besuch der Kronprinzessin von Griechenland. Das Wetter ist schön. — Nachmittags machte die kaiserliche Familie mit Hofolge einen Ausflug in Automobilen nach Plesko, wo der See eingenommen wurde.

Fürst Bislow in Rom. Mittwoch vormittag begab sich Reichsminister Fürst Bislow vom Hotel Regina, dem interessierten Sitz der preussischen Gesandtschaft, aus Begleitung des Geheimes v. Hüßlerberg nach dem Vatikan, wo er in einladiger Audienz vom Papst empfangen wurde. Der Audienz folgte ein Besuch des Fürsten beim Kardinal-Staatssekretär Merry del Val. Während der etwa dreiviertel Stunden dauernden Unterhaltung des Reichsministers mit dem Kardinal wurden die Fürstin v. Bislow und nach ihr der Geheime v. Fötow und Professor v. Kerner von dem Papst empfangen.

Das Frühstück nahmen der Fürst und die Fürstin von Bislow beim Hofschaffler Grafen Monts ein. Eingeladen waren u. a. auch Staatssekretär Denburg und Geheimrat Dr. v. Bismarck. Der Staatssekretär Merry del Val erwiderte nachmittags den Besuch des Reichsministers im Hotel Regina, wo auch Monsignore Bisletti und die anderen Mitglieder des päpstlichen Hofstaates ihre Karten abgaben.

Aus dem Reichsministerium. Der vortragende Rat im Reichsministerium für öffentliche Arbeiten Dr. v. Goben ist, wie die A. Z. hören, an einer nervösen Herzaffektion erkrankt und wird voraussichtlich keine Dienstgeschäfte erst nach mehreren Monaten wieder aufnehmen können. Seine Vertretung ist dem Hilfsarbeiter im Reichsministerium Regierungsrat Prof. Dr. Köpfl übertragen worden. — Der Geheimreisingenieur Dr. v. Mann vom Reichsministerium ist mit dem geistigen Zustand von seinen Dienstgeschäften im Reichsministerium entbunden worden, da er eine kommunizierende Beckenbildung beim Rektum erkrankt.

Erster Staatsanwalt Schweiger zum Reichsanwalt ernannt. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Erste Staatsanwalt Schweiger (Saale) (was bereits seit kurzer Zeit beim Reichsgericht als Hilfsarbeiter tätig) ist zum Reichsanwalt ernannt worden.

Drehschneidungen. Der Kaiser hat durch Erlass vom 23. März an 14 im Betriebe der Hamburg-Bremer Afrika-Linie beschäftigte bzw. beurlaubte gewesene Personen die Südwestafrika-Erntehänge in Stahl verliehen.

Zum Tode des Abgeordneten Zindler. Wie schon gestern kurz gemeldet, ist der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Zindler Schönefeld gestorben. Der Heimgegangene gehörte der konservativen Partei an. Er war am 5. Juni 1852 geboren, hat also ein Alter von nicht ganz 56 Jahren erreicht. Zindler widmete sich nach seiner Vorbildung auf dem Realgymnasium zu Posen der Landwirtschaft, und seit 1876 war er auf eigener Besitzung tätig. Im Militärverhältnis war er Hauptmann der Landwehr a. D. Dem Abgeordnetensitze gehörte der Verlorbene seit 1890 an, den Reichstags seit 1903. Zu beiden Säulern vertrat er den Wahlkreis Gornau-Pölsche. Außerdem war Zindler Mitglied der Landwirtschaftskammer für Posen und des Kreislandwirtschaftsvereins Gornau. Die konservative Partei verlor durch seinen Tod ein treues und hochgeschätztes Mitglied.

Keine Änderung des pharmazeutischen Staatsexamens. Mittermeldungen zufolge sollte als neuer Prüfungsgegenstand die obligatorische Einführung bakteriologischer und physiologischer Untersuchungen in die pharmazeutische Staatsprüfung demnach aufgenommen werden, nachdem mehrere Apothekerkammern beim Kultusminister im Sinne eines nach dieser Richtung hin erweiterten Studiums vorstellig geworden wären. Wie wir hierzu erfahren, hat man sich mit einer Änderung der Prüfungsordnung für die Apotheker an zuständiger Stelle nicht beschäftigt, dahingehende Anträge haben bis jetzt noch nirgends zur Erwägung gestanden.

Eine politische Vereinigung von industriellen und gewerblichen Arbeitgebern. Seit einiger Zeit wird in der Presse der Plan besprochen, eine politische Vereinigung von industriellen und gewerblichen Arbeitgebern ins Leben zu rufen mit dem hauptsächlichsten Zwecke, durch entsprechende Einwirkung auf die Wähler eine wirksamere Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen. Diesen Plänen sieht auch der Zentralverband deutscher Industrieller „Impatibit“ gegenüber. Allerdings hat der Zentralverband zu den an ihn herangetretenen Anregungen offiziell noch nicht Stellung genommen. Das soll erst in einer Sitzung des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschehen, die zu Beginn des nächsten Monats stattfinden wird.

Koloniale Gesundheitspflege. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien über ein Gegenseitigkeitsabkommen wegen Bekämpfung der Schlafkrankheit in Deutsch- und Britisch-Südafrika sollen in günstigem Fortschreiten begriffen sein. Es dürfte sich hauptsächlich darum handeln, den Zugang der Eingeborenen aus der einen Kolonie in die andere so zu regeln, daß eine wechselseitige Verschleppung der Infektion nach Zulässigkeits vermeiden wird, sowie andererseits darum, ein gemeinsames Vorgehen auf wissenschaftlichem Gebiete anzubahnen. Beide Länder haben den ernstlichen Wunsch, die Schlafkrank-





